

Stellungnahme zum derzeit aufliegenden Änderungsentwurf des Bebauungsplanes

Sehr geehrte Damen und Herren!

Eine Verbauung des hier angesprochenen Areals liegt weder im Interesse der Mehrheit der ortsansässigen Bevölkerung noch der unmittelbar betroffenen Menschen. **Das bedeutet, dass der für solche Veränderungen nötige Wunsch der eigenen Bevölkerung nicht gegeben ist! Der Bebauungsplan wurde OHNE eingehende, sorgfältige Prüfung durch unabhängige Experten (im Auftrag der Gemeinde) erstellt.**

Die Volksbefragung zum „Generationenplan“ vom 20. Jänner 2019 ergab mit 57,4 Prozent ein deutliches **NEIN** zu einer vertraglichen Sicherstellung der Verbauung der Breiteneder-Gründe.

Die neuerliche Volksbefragung vom 8. Dezember 2024 über die mögliche Verbauung der Breiteneder-Gründe hat wieder ein eindeutiges Ergebnis ergeben:

Bei einer Wahlbeteiligung von 71,4 Prozent haben 62,4 Prozent die Frage 1 mit **Nein** und 56,8 Prozent die Frage 2 mit **NEIN** beantwortet.

Ein Ziel der örtlichen Raumplanung ist die Anhebung der Lebensqualität. Dieses Ziel wird im nun vorliegenden Plan deutlich verfehlt!

- Wie zuletzt das Hochwasser im Herbst 2024 zeigte, werden die Liegenschaften im Umfeld der Breiteneder-Gründe bei Starkregenereignissen überflutet, Grund- und Hangwasser richten bereits jetzt, wo dieses Areal noch Wasser aufnehmen kann, Schäden an.
- Die Hauptstraße in Breitenfurt und in weiterer Folge die B13 sind zu Stoßzeiten bereits überlastet, wir alle kennen die morgendlichen Stauberichte im Radio.
- Die mit dem starken Verkehrsaufkommen zusammenhängenden Faktoren wie Lärm und Schadstoff-Emissionen belasten die Bevölkerung bereits jetzt massiv.
- Die im Motivbericht als wesentlich bezeichnete Durchwegung ist planlich nicht ausreichend gesichert.
- Die Auseinandersetzung mit Ortsbild und Einfügung in die bestehende Bebauungsstruktur ist unzureichend.
- Unzutreffende Annahmen zur Haushaltsgröße als fehlerhafte Planungsgrundlage
- Die Herkunft der maßgeblichen Planungsziele ist unklar.
- Nachvollziehbare Abwägung der „verworfenen“ Varianten fehlen.
- Die Erklärung, warum höhere Gebäude gerade für andere Nutzungen notwendig sein sollen, fehlt.
- Transparenz der Entscheidungskette fehlt.
- Es besteht die Gefahr einer projektgetriebenen statt ortsbezogenen Planung.
- Der zu erwartende Zuzug wirkt sich u.a. auf Kindergärten, Schule, Abwassermanagement etc. aus und widerspricht somit einem sparsamen Umgang mit immer geringeren und begrenzten öffentlichen Mitteln.

Konkrete Studien oder Gutachten mit validierten Ergebnissen zu all diesen Punkten wurden von der Gemeindeführung bisher nicht eingeholt und fehlen daher. Ohne solche Abwägungen sind die

